

Rolf Dobischat: Bildung für alle? - Von wegen!

Von der Bildungs-Ungerechtigkeit an Deutschlands Hochschulen und was man dagegen tun muss

Selbst im Superwahljahr 2009, da sich die Parteien um gegenseitige Abgrenzung und ein erkennbares Profil bemühen, sind beim Thema Bildung ihre Losungen zum Verwechseln ähnlich. „Bildung für Alle“, „Aufstieg durch Bildung“, „Bildung ist der Rohstoff der Zukunft“ - so liest und hört man es allenthalben. Kein Parteiprogramm kommt ohne ein emphatisches Bekenntnis zur Bildung aus. Besonders in einem Punkt sind sich alle politischen Kräfte einig: Der Zugang zur Bildung dürfe nicht vom sozialen Status abhängig sein.

BILDUNG FÜR ALLE_ die Forderung ist ebenso richtig wie altbekannt. Dumm nur, dass man sie im Deutschland des Jahres 2009 noch immer stellen muss. Dumm nur, dass just die Kopplung des Bildungserfolgs an die soziale Herkunft gerade in Deutschland noch so stark ist wie in keinem anderen Industriestaat. Mit Blick auf die Hochschulbildung muss es heißen: Bildung für Alle? Von wegen!

Das Deutsche Studentenwerk befragt die Studierenden in Deutschland regelmäßig zu ihrem sozialen Hintergrund. Die jüngste dieser Sozialerhebungen erbrachte einen bildungspolitischen Befund, der nichts anderes als beschämend ist für eine Demokratie und ein Hochtechnologieland auf dem Weg in die Wissensgesellschaft. Von Akademiker-Kindern studieren 83 von 100 Kindern, aus Nicht-Akademikerfamilien studieren aber nur 23. Dieser so genannte „Bildungstrichter“ ist ein bildungspolitischer Skandal. (vgl. Abbildung)

BILDUNGSSTATUS ENTSCHIEDET_ Ob ein Kind ein Hochschulstudium aufnimmt, ist in Deutschland nicht allein eine Frage der individuellen Begabung. Es ist zuallererst eine Frage des Bildungsstatus der Eltern. Ganz entscheidend ist der Hochschulabschluss der Eltern. Das ist eine soziale Polarisierung von Bildungschancen. Sage mir, wer deine Eltern sind, und ich sage dir, ob du studierst oder nicht. Hochschulbildung wird immer mehr zu einer Art Erbprivileg, das von Akademiker-Generation zu Akademiker-Generation weitervererbt wird. Bildungsgerechtigkeit? Eher das Gegenteil: eine krasse Bildungs-Ungerechtigkeit.

Die Gruppe mit der höchsten Beteiligungsquote beim Hochschulzugang - Kinder aus Beamtenfamilien, in denen mindestens ein Elternteil ein Studium absolviert hat - weist eine fünfeinhalb Mal so hohe Studierchance auf wie die Gruppe mit der niedrigsten Bildungsbeteiligungsquote, den Kindern aus Arbeiterfamilien. Zwar hat der Anteil der Arbeiterkinder an den Studierenden in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, aber gemessen an der gleichaltrigen Bevölkerung sind sie an Deutschlands Hochschulen noch immer krass unterrepräsentiert. Von der großen Bildungsexpansion der 1960er und 1970er Jahre, als viele neue Universitäten und Fachhochschulen gegründet wurden, erhoffte man sich, dass die soziale Öffnung der deutschen Hochschulen einhergehen würde mit einer sozialen Öffnung des Zugangs zu den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eliten des Landes. Das Versprechen wurde nur teilweise erfüllt. Deutschlands Hochschulen verlieren immer mehr die Funktion, den sozialen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen.

03-09: Bildung für alle!

von: Professor Rolf Dobischat (Präsident des Deutschen Studentenwerks) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

OHNE ENDE SELEKTIV_ Das deutsche Hochschulsystem ist noch immer eines der sozial selektivsten weltweit. Aber die Selektion beginnt schon viel früher. Die klassische Bildungsbiographie in Deutschland besteht aus einer Mehrfachselektion, in deren Ergebnis die Bildungschancen der Kinder von Akademikern und der Kinder von Nicht-Akademikern extrem ungleich verteilt sind. Die Forschung spricht von „Schwellen der Bildungsbeteiligung“ (vgl. Abbildung), die dazu führen, dass von 100 Grundschulkindern nur 21 einen Hochschulabschluss erwerben. Nur 53 schaffen den Übergang in die gymnasiale Oberstufe (Sek. II).

„Geschlossene Gesellschaft“ heißt es also an Deutschlands Hochschulen. Das darf nicht so bleiben. Denn die soziale Selektivität muss auch in eine andere Richtung gedeutet werden: Die Rekrutierungspotenziale aus den hochschulnahen Bildungsmilieus sind so gut wie ausgeschöpft. Die Akademiker reproduzieren sich weitgehend selbst. Die zusätzlichen Studierenden, die Deutschland im Interesse seiner wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit dringend braucht, müssen aus den hochschulfernen und einkommensschwächeren Schichten mobilisiert werden. Das ist keine philanthropische Spielerei oder Gerechtigkeit allein um der Gerechtigkeit willen. Das ist eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Notwendigkeit.

KRISE ZWINKT ZUM UMDENKEN_ Gerade angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise können wir es uns nicht länger leisten, dass der Zugang zu höherer Bildung von der Bildungstradition der Eltern und dem sozioökonomischen Status abhängt. Die Talente jedes Einzelnen müssen erkannt und gefördert werden - unabhängig vom Einkommen und der Bildungstradition der Eltern. Die Potenziale liegen bei Kindern von nicht-akademischen Selbständigen, Beamten, Angestellten, bei Familien mit Migrationshintergrund und den Arbeitern. Wir brauchen eine zweite soziale Öffnung der deutschen Hochschulen - in unser aller Interesse.

Zugespitzt formuliert: Der Weg in die Wissensgesellschaft führt nur über weit geöffnete Hörsaal Türen. Gegen den drohenden Fachkräftemangel, gerade in den so genannten MINT-Fächern, hilft nur eine nachhaltige Mobilisierung von Bildungspotenzialen. Gegen die Krise hilft nicht allein entschlossenes wirtschafts- und finanzpolitisches Handeln. Gegen die Krise hilft vor allem auch eine Bildungs- und Hochschulpolitik, die Chancengleichheit und mehr soziale Durchlässigkeit an die erste Stelle setzt.

SOZIALE ÖFFNUNG NOTWENDIG _ Es muss darum gehen, die bisher unterrepräsentierten Gruppen viel stärker für ein Hochschulstudium zu mobilisieren. Dazu bedarf es zuvorderst des politischen Willens, dies zu tun. Die Hochschulen selbst, teilweise dramatisch unterfinanziert und mit den zahlreichen Reformen derzeit mehr als beschäftigt, setzen eine soziale Öffnung von sich aus kaum auf ihre Agenda. Hier bedarf es politischen Drucks und einer breiten zivilgesellschaftlichen Mobilisierung für die Bildung. Es bedarf eines breiten gesellschaftlichen Konsenses und eines ebensolchen Konsenses der nach der Föderalismusreform fast alleinverantwortlichen 16 Bundesländer, um eine soziale Öffnung der deutschen Hochschulen auch tatsächlich herbeizuführen. Das ist schwierig und ambitioniert, aber bitter nötig.

Ohne klare hochschulpolitische Vorgaben und entsprechend finanzierten Programmen wird sich an der extremen sozialen Selektivität unseres Hochschulsystems auf absehbare Zeit nichts ändern. Diese Forderung nach dem großen politischen Wurf mag sich naiv ausnehmen, aber gerade die Erfahrungen

03-09: Bildung für alle!

von: Professor Rolf Dobischat (Präsident des Deutschen Studentenwerks) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

nach 1970 haben gezeigt, dass anders das deutsche Hochschulsystem nicht zu reformieren ist.

RIESIGE CHANCE_ Mitten in der Krise steht Deutschland vor einer riesigen Chance: Bedingt durch geburtenstarke Jahrgänge und die doppelten Abiturjahrgänge soll in den Jahren bis 2015 die Zahl der Studierenden stark steigen. Wir müssten alles dafür tun, diesen jungen Menschen exzellente Studienbedingungen zu bieten und sie mit offenen Armen an den Hochschulen willkommen zu heißen.

Allein, die Wirklichkeit sieht anders aus. Mehr als die Hälfte der rund 11.000 Studiengänge sind mit örtlichen Numeri clausi versehen. In sechs Bundesländern werden - noch - Studiengebühren erhoben, die gerade auf junge Menschen, insbesondere Frauen, aus einkommensschwächeren, hochschulfernen Familien nachgewiesenermaßen abschreckend wirken. Die Studien- und Lehrbedingungen spotten vielerorts jeder Beschreibung und die neuen Bachelor- und Master-Studiengänge bringen eine extreme zeitliche Verdichtung und hohe Prüfungs- sowie Stressbelastung für die Studierenden mit sich.

PARTEIEN IM ABSEITS_ Auf die soziale Wirklichkeit der Studierenden, von denen sich ein Drittel über einen Nebenjob finanzieren muss, sind Deutschlands Hochschulen so gut wie gar nicht eingestellt; es mangelt insbesondere an Teilzeitstudiengängen. Das Signal der deutschen Hochschulpolitik lautet in diesen Tagen: Bleibt bitte draußen, Zutritt erschwert. Die Parolen der Parteien und die Wirklichkeit an den Hochschulen klaffen weit auseinander. Wir haben im Herbst 2008 den ersten „Bildungsgipfel“ von Bund und Ländern erlebt; die Bundesregierung wähnt sich auf dem Weg in die „Bildungsrepublik Deutschland“. Wann folgen den schönen Worten endlich Taten?

Mehr Chancengleichheit an unseren Hochschulen, mehr Bildungsgerechtigkeit, ein sozial offeneres Hochschulsystem - das wäre durchaus machbar.

- **Ausreichend Studienplätze und gute Beratung**

Das auf die Hochschulen zukommende Studierendenhoch darf nicht, wie in den 1970er Jahren, „untertunnelt“ werden. Die im Hochschulpakt II geplanten 275.000 zusätzlichen Studienplätze müssen ausreichend finanziert werden.

Wir brauchen diese zusätzlichen Studienplätze, aber sie allein reichen noch nicht aus, um junge Menschen aus allen Bevölkerungsschichten für ein Studium zu begeistern. Ebenso notwendig sind Investitionen in die soziale Infrastruktur für Studierende; sie benötigen eine ausreichende Studienfinanzierung, campusnahen Wohnraum, gute, gesunde Verpflegung, womöglich Kinderbetreuung und kulturellen Ausgleich.

- **Weniger Numerus clausus**

Die Hochschulen müssten in die Lage versetzt werden, auf Numeri clausi weitestgehend verzichten zu können. Da wird mit Macht die Schulzeit verkürzt - und die studierwilligen jungen Menschen müssen womöglich auf einen Studienplatz warten. Da werden millionenschwere Kampagnen für ein Studium gefahren - und die jungen Menschen stehen vor verschlossenen Türen?

03-09: Bildung für alle!

von: Professor Rolf Dobischat (Präsident des Deutschen Studentenwerks) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

- **Starkes BAföG**

Das BAföG ist ein Schlüsselinstrument für mehr soziale Durchlässigkeit. Da der Anteil der BAföG-geförderten Studierenden insbesondere in den Ingenieur- und Naturwissenschaften hoch ist, müsste auch die Wirtschaft ein Interesse an einem starken BAföG haben. Das BAföG muss regelmäßig an die Preis- und Einkommensentwicklung angepasst werden. Eine starke staatliche Studienfinanzierung ist gegenüber einkommenschwächeren, hochschulfernen Familien das beste Argument für ein Studium. Gerade die individuellen Kosten eines Studiums spielen in einkommenschwächeren, bildungsfernen Familien eine, wenn nicht die entscheidende Rolle bei der Entscheidung für oder gegen ein Studium. Dort will man nicht nur etwas über Bildungsrenditen oder Einstiegsgehälter von Hochschulabsolventen erfahren, sondern vor allem ehrliche Informationen über die Kosten eines Studiums.

- **Keine Studiengebühren**

Die erst kürzlich vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in Auftrag gegebene Studie „Studiengebühren aus der Sicht von Studienberechtigten“ des Hochschul-Information-Systems HIS ist ein empirischer Nachweis, dass Studiengebühren tatsächlich abschrecken. 4% der Studienberechtigten, die wegen Studiengebühren nicht studieren, sind 4% zu viel. Studiengebühren gehörten abgeschafft, weil sie sozial- und bildungspolitisch falsch und fatal sind. Wer das Studium attraktiver machen will, darf es nicht gleichzeitig verteuern!

- **Mehr Stipendien**

Nur 2% der Studierenden in Deutschland erhalten ein Stipendium; die durchschnittlich 328 Euro im Monat machen weniger als die Hälfte des studentischen Durchschnittsbudgets von 770 Euro aus. Insbesondere die Wirtschaft sowie die Studiengebühren erhebenden Länder haben ihren Ankündigungen keine neuen Stipendienprogramme folgen lassen.

- **Starke Studentenwerke**

Campusnaher Wohnraum, günstige hochschulgastronomische Angebote, BAföG, Studienfinanzierungs-, psychologische und Sozialberatung, KITAS und Kultur-Angebote: Die Service- und Beratungsangebote der Studentenwerke sind unabdingbar für einen breiten Hochschulzugang und einen nachhaltigen Studienerfolg. Die Bundesländer haben ihre finanzielle Unterstützung der Studentenwerke seit den 1990er Jahren drastisch reduziert - wollen sie sich aus der sozialen Verantwortung für ihre Studierenden stehlen?

Wir brauchen in Deutschland dringend forcierte Investitionen in die Bildung - auf allen Ebenen unseres Bildungssystems, gerade und erst recht in der Krise. Für die Rettung maroder Banken und schlecht geführter Unternehmen stellt die Bundesregierung Mittel in schwindelerregender Höhe zur Verfügung. Bei der Bildung darf sie nicht knausern. Wer jetzt bei der Bildung spart, spart an der falschen Stelle und verschärft die Krise.

Wir brauchen in Deutschland aber auch ein gesellschaftliches Klima, das Bildung und insbesondere

03-09: Bildung für alle!

von: Professor Rolf Dobischat (Präsident des Deutschen Studentenwerks) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

Hochschulbildung als etwas Erstrebenswertes, Spannendes, Bereicherndes und vor allem Selbstverständliches begreift. Der Weg an die Hochschulen ist heute mit zahlreichen Hürden und Barrieren belegt; die soziale Selektion beginnt schon früh in der Schule. Solange wir dagegen nichts tun, bleiben die schönen Slogans wie „Bildung für alle“ schal und leer.